

# Salzburger Stimme

Stadtzeitung der KPÖ Salzburg



Sponsoring-Post Nr. 05/2014 Verlagspostamt: 5020 Salzburg, Zulassungsnummer: 02Z033905S, Postgebühr bar bezahlt

**Transatlantische Partnerschaft sieht anders aus - unter diesem Motto versammelten sich rund 1000 Menschen am Europäischen Aktionstag gegen TTIP, CETA und TISA.**

Zur erfolgreichen Demonstration am 11. Oktober 2014 rief ein breites Bündnis auf, aus Arbeiterkammer, attac, GLB, die Grünen, die Katholische Männer- sowie Frauenbewegung, KPÖ, ÖGB, SLP, Südwind und einigen mehr.

Die Demonstration führte vom Mirabellplatz, über den Makartplatz und den Rudolfskai und endete mit einer großen Kundgebung am Domplatz. Mehrere RednerInnen gingen auf unterschiedlichste Aspekte des geplanten Vertrags ein wie Arbeitsrechte, Frauenrechte, Umweltfragen, Nord-Süd-Beziehungen, Demokratie und Tierrechte.

So breit wie das Bündnis so vielfältig gestalteten sich die Aktionsformen: Symbolisch unterstrich ein trojanisches Pferd die Geheimhaltung und Gefahren des Freihandelsabkommens. Die Demo-TeilnehmerInnen formten mit Kerzen einen ausgedehnten Schriftzug "TTIP STOPPEN" und eine Performance bereitete die Thematik künstlerisch auf.

## Gelungene Wiedererrichtung des „Euthanasie“-Mahnmals nach Zerstörung



Das „Euthanasie“-Mahnmal im Kurgarten der Stadt Salzburg gedenkt der Opfer der „NS-Euthanasie“. Es wurde 1991 nach einem Entwurf von Otto Saxinger errichtet, nachdem im „Bedenkjahr“ 1988 der „Salzburger Arbeitskreis Psychiatrie“ es initiierte. Dies zog eine vier Jahre lang dauernde Standortsuche nach sich.

Den mit Sand und Asche gefüllte Quader erweiterte der oberösterreichische Künstler Saxinger nun um einen Sockel sowie um vier Steinplatten an der Basis. Hier sind Namen von 325 Opfern eingraviert, um sie der Anonymität zu entziehen. Die Betrachtenden können nun eine leichtere Verbindung zur Thematik herstellen, weil es unmittelbare Betroffenheit schafft. Lücken zwischen den Namen

symbolisieren die Leerstellen, denn es bestehen erhebliche Forschungslücken. Ebenfalls wird Bezug genommen auf die Beschädigung Mitte Mai 2014, die im Kontext einer ganzen Serie von Taten mit rechtsextremem Hintergrund stattfand. Neben den Jahreszahlen 1941, 1991 findet sich nun auch 2014 am Mahnmal.

Für das „NS“-Regime waren kranke, behinderte oder Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen „minderwertig“ und sollten getötet werden, weil sie der Gesellschaft zur Last fallen würden. „Euthanasie“ ist dabei ein euphemistischer Begriff, der aus dem Griechischen stammt und „schöner Tod“ bedeutet, was die industrielle „NS“-Tötungsweise verschleiern will. Sie stellt eine Vorstufe

zur „Aktion Reinhardt“ dar, den Massenmord an Jüdinnen und Juden. Im Rahmen der „Aktion T4“ im Jahr 1941 wurden 250 Menschen von der „Landesanstalt für Geistes- und Gemütskranke“ nach Hartheim nahe Linz zur Tötung verbracht, dort starben sie durch Vergasung oder die schlechten Lebensbedingungen und wurden anschließend verbrannt. Das Mahnmal gedenkt auch den Opfern aus der „Versorgungsanstalt Schloss Schernberg“, der „Bewahranstalt“ Mariathal in Kramsach/ Tirol. Genannt werden ebenfalls die Namen von Salzburger Kindern, die „Am Spiegelgrund“ in Wien oder in der „Heil- und Pflegeanstalt“ Eglfing-Haar bei München getötet wurden. Insgesamt gibt es mehr als 500 Opfer der „Euthanasie“ aus Salzburg.

Die Opfer von Zwangssterilisationen bzw. Hinterbliebene der Opfer der „NS-Euthanasie“ konnten erst mit dem Opferfürsorgegesetz von 1995 Ansprüche geltend machen, viele erlebten dies jedoch nicht mehr.

Die gelungene Wiedererrichtung ist ein bedeutendes Symbol, um der Rechtsentwicklung entschieden entgegenzutreten.



## KZ-Verband: Neustart in Salzburg



**KZ-Verband/VdA**  
Bundesverband österreichischer AntifaschistInnen,  
WiderstandskämpferInnen und Opfer des Faschismus



Der Salzburger KZ-Verband kann auf eine lange Geschichte zurückblicken. Kurz nach Kriegsende wurde der überparteiliche „Bundesverband ehemals politisch Verfolgter“ in Österreich gegründet, der sich aber bereits 1947 unter dem Eindruck des Kalten Krieges entlang der Parteilinien SPÖ, ÖVP und KPÖ in drei eigenständige Vereine aufspaltete. Der „Bundesverband der österreichischen KZler, Häftlinge und politisch Verfolgten“, kurz KZ-Verband, war ein Resultat dieser Entwicklung, der politisch zwar der KPÖ nahe stand, aber weiterhin versuchte, parteiunabhängig zu agieren.

In seinen Aufgabenbereich fiel die Parteinahme für die Opfer des Nationalsozialismus und ihre Anerkennung im Opferfürsorgegesetz, welches ebenso von den verschiedenen Opferverbänden forciert wurde. Der Salzburger KZ-Verband war, gemessen an der Bevölkerungszahl des Landes, relativ groß und einflussreich.

In den letzten Jahren trat der KZ-Verband aber immer weniger in Erscheinung, da aufgrund zunehmender Überalterung eine gewisse Ermüdung auszumachen war. Umso erfreulicher ist nun der Umstand, dass vor wenigen Wochen ein neuer und

verjüngter Vorstand gewählt wurde. Mit den Neuzugängen sollen neue Akzente in der aktiven, tagesaktuelle antifaschistischen Arbeit und Aufklärung, Aufarbeitung der eigenen Vereinsgeschichte, sowie der Stadt- und Landesgeschichte während des Nationalsozialismus gesetzt werden.

Email:  
[salzburg@kz-verband.at](mailto:salzburg@kz-verband.at)

Der KZ-Verband auf facebook:  
<https://www.facebook.com/KZ-Verband.salzburg>

## Erneute rechtsextreme Taten

Die Serie rechtsextremer Taten setzt sich in Salzburg Stadt unbeeindruckt von den polizeilichen Ermittlungen fort: In der Nacht von 9. Auf 10. November (1938 fand der Novemberpogrom gegen Jüdinnen und Juden statt) beschmierten Unbekannte erneut das Denkmal für die Opfer des Faschismus am Kommunalfriedhof mit

schwarzer Farbe. Ende November versahen rechtsextreme Täter/ Täterinnen die Tür der Grünen in der Glocken-gasse, Schallmoos mit „SOKO 88“. Sie spielen damit auf die Forderung der Bürgerliste an, eine SOKO zu gründen, um die Sachbeschädigungen mit rechtsextremem Hintergrund auszuforschen.

Kurz darauf, in der Nacht auf den 2. Dezember, besprühten Un-bekannte die gesamte Fassade des SPÖ-Büros in Mülln mit dem Kürzel „H8“.

Die Vorfälle zeigen, dass es dringend der gesellschaftlichen Sensibilisierung, verstärkte Ermittlungen und präventiven Jugendarbeit bedarf.

## Breite Kritik an neuem Modell der Wohnbauförderung

Am 11. November 2014 ging die Begutachtungsfrist zum geplanten Wohnbauförderungsgesetz 2015 zu Ende, im April 2015 soll es letztendlich beschlossen werden.



Der laufende Gesetzwerdungsprozess hat Landesrat Mayr (Team Stronach) nicht davon abgehalten, bereits eine Reihe von fünf Info-Veranstaltungen mit der Salzburger Sparkasse zu planen – die er nach Protesten nun absagte.

Arbeiterkammer, Armutskonferenz und die gemeinnützigen Bauvereinigungen gswb, Die Salzburg, Bergland und Salzburg Wohnbau haben Stellungnahmen abgegeben. Die ersteren betonen, dass der Gesetzesentwurf ohne die inhaltlich wichtigen Begleitverordnungen, die ihnen nicht vorliegen, eine abschließende Beurteilung stark erschwert. So können bspw. Unterschiede zwischen den

beiden Modellen nicht konkret berechnet werden. Die fehlenden Voraussetzungen zur Begutachtung macht die Vorgehensweise der Salzburger Landesregierung jedenfalls demokratiepolitisch bedenklich und lässt ihre Ankündigungen zweifelhaft erscheinen.

### Mieten werden steigen

Arbeiterkammer und die Wohnbau-Genossenschaften prognostizieren, dass sich die Wohnkosten verteuern und nicht vergünstigen, wie von den politisch Verantwortlichen behauptet aber nicht belegt wurde. Eine Öffnung für gewerbliche Bauträger trage zu höherem Preisdruck aber nicht zu mehr Wohnungen bei, argumentieren die Wohnbau-genossenschaften. Im Vergleich mit 1,5% fixverzinsten Wohnbaudarlehen und deren leichten

Anpassungen, die auf politischen Entscheidungen beruhen, können Zinssteigerungen am Finanzmarkt nicht absehbare Kosten verursachen, die Mieten steigen. Nach Ablauf der Förderdauer von 25 Jahren tragen die MieterInnen das volle Risiko für Zinsänderungen.

### In Zukunft weniger Wohnraum

Laut AK verfügt der Wohnbau-fonds über Finanzmittel von 2.106 Mio. Euro (Stand Ende 2013), eine Million Wohnbaugelder entsprechen dabei potentiell einer Bauleistung von 20 Mietwohnungen. Die AK rechnet vor, dass mit der Kürzung von 38 Mio. Euro Gründungskapital 760 Mietwohnungen für die Salzburgerinnen und Salzburger verloren gehen. Mit dem Zuschussmodell verringert sich die Bindung an die Wohnbauförderung von bisher 37,5 auf 25 Jahre.

Danach droht laut AK und Wohnbaugenossenschaften, dass diese in den privaten Wohnungsmarkt übergehen, was einen Verlust geförderten Wohnraums für die MieterInnen und höhere Preise mit sich bringt. Das durchkreuzt eine langfristige Absicherung von leistbarem Wohnraum.

Im Jahr 2015 würden dem Wohnbaufonds Mittel in der Höhe von 232 Mio. Euro zur Verfügung stehen, das neue Modell sieht lediglich 140 Mio. Euro vor, die u.a. in den Bau von 900 Mietwohnungen fließen – statt der angekündigten 1000 Wohnungen. Im Jahr 2015 werden durch Weiterführung alter Projekte 166 Mio. Euro für den Wohnbau verwendet.

### **Mit Zuschussmodell verliert Land nachhaltige Finanzierung der Wohnbauförderung**

Da der Wohnbaufonds aufgelöst werden soll, werden auch die zurückfließenden Gelder nicht mehr zwingend für das Schaffen von Wohnraum verwendet, sondern die Salzburger Landesregierung kann sich der restlichen Rückflüsse und Geld aus dem Verkauf der Darlehen zum Stopfen der Budgetlöcher bedienen. Dies obwohl ein einstimmiger Beschluss im Landtag vom Dezember 2013 die Zweckwidmung bei der Landesregierung einfordert. Die Wohnbaugenossen-

schaften warnen davor, „dass eine ausschließlich auf nicht rückzahlbaren Zuschüssen aufgebaute Wohnbauförderung zwar kurzfristig geringere jährliche Mittel benötigt, hinsichtlich ihrer Eigenfinanzierungskraft aber nicht nachhaltig ist.“

Die Gemeinnützigen verweisen auf das Positivbeispiel Tirol, wo sich die Wohnbauförderung zu zwei Drittel durch Darlehensrückzahlungen finanzieren. Dagegen zeigte die Einführung des Zuschussmodells in der Steiermark, dass sich die Wohnbauleistung von 2000 auf 500 Wohnungen pro Jahr senkte.

### **Zu wenig gegen massive Wohnungsnot**

Weiterer Kritikpunkt der AK ist, dass das neue Modell Eigentum auf unverhältnismäßige Weise fördert und deshalb seine soziale Treffsicherheit einbüßt: Zuschüsse werden auch gewährt, wenn WohnungnehmerInnen beim Kauf von Eigentumswohnungen keine Fremdmittel benötigen. Die Einkommensgrenzen werden um 15% erhöht. Als förderwürdig gelten auch Wohnungen mit Kaufpreisen in der eineinhalbfachen Höhe des Grenzwerts. Die Armutskonferenz weist daraufhin, dass das Gesetz weder ein Recht auf Wohnen

verankert, noch das Problem der Wohnungslosigkeit thematisiert. Insgesamt taugt das neue Wohnbauförderungsmodell nicht, das Ausmaß der Wohnungsnot zu bekämpfen. Denn das Zuschussmodell und die Öffnung für private Anbieter stelle eine Umverteilung nach oben dar.

Damit verabschiedet sich die Landesregierung von dieser wesentlichen politischen Gestaltungsmöglichkeit, läßt mit der Marktöffnung und dem großzügigen Geschenk an die Banken geradezu zu Spekulationen ein. Es erhöht den Druck auf den Wohnungsmarkt weiter und agiert selbst als Preistreiber.

### **Die KPÖ Salzburg setzt sich ein**

**gegen die Zertrümmerung des Wohnbaufonds,**

**für einen verstärkten Bau von Mietwohnungen im Rahmen der Wohnbauförderung,**

**für eine generelle Einführung von gesetzlichen Mietzinsobergrenzen.**



## Geldvernichtungsmaschine Paracelsusbad



Derzeit sind wir also bei geschätzten Baukosten von 55 Millionen Euro für das neue Paracelsusbad angelangt. Seit mindestens 2008 wird geplant, diskutiert, gestritten und vor allem nichts konkretes weitergebracht, während das alte Paracelsusbad langsam verfällt. Die Frage ist: braucht die Stadt ein Bad als ultimativen Wellnessstempel für eine schon sagenhafte Summe, während ansonsten – etwa im Sozialbereich – fleißig „gespart“ wird?

Was die Stadt auf jeden Fall braucht, sind Möglichkeiten zum Schulsport sowie für die allgemeine körperliche Ertüchtigung ihrer Menschen und dies möglichst in Wohn-

nähe. Wer darüber hinaus Wellness, Eventcharakter etc. benötigt, für den/die ist bereits ausreichend gesorgt: Badylon in Freilassing, Rupertustherme in Reichenhall, Watzmanntherme in Berchtesgaden, Aqua Salza in Golling etc.

Davon ausgehend ist es notwendig, nicht unzählige Millionen für den nächsten Wellnessstempel zu verbrennen (dessen Betriebsführung -bisher unbestritten- defizitär sein wird), sondern möglichst schnell ausreichende Badekapazitäten für den Schulsport und die Stadtbevölkerung zu schaffen.

Ein positives Beispiel dafür ist das Aya-Hallenbad in der

Alpenstraße mit Errichtungskosten von nur 4,7 Millionen. Außerdem braucht die Stadt ein weiteres derartiges „kleines“ Hallenbad im bevölkerungsreichen Norden.

Weiters tritt die KPÖ dafür ein, das angeblich Unmögliche zu schaffen: eine vernünftige Sanierung des Paracelsusbads, was zumindest 2012 nach damaligen Angaben von Vizebgm. Preuner um elf Millionen sehr wohl noch möglich war. Die dann immer noch ersparten Millionen können sicher sehr gut etwa im Sozial- und Wohnbereich verwendet werden.

## Warum Steuerreform ?

ÖGB und Ak treten zu Recht für eine Steuerreform zugunsten der Masse der Lohnabhängigen ein. Notwendig ist aber die Umverteilung von unten nach oben nicht nur kurzfristig einzubremsen.

### Umverteilung von unten nach oben

Zwischen 1993 und 2013 schaffte Österreich nach der WIFO-Datenbank (Juni 2014) einen Produktivitätszuwachs von insgesamt 23,8%, die reale Lohnentwicklung netto brachte dagegen im gleichen Zeitraum ein Minus von 2,9%.

Die auf diese Weise „verdienten Summen“ haben beispielsweise folgende Fakten geschaffen:

- Geschätzte 100 Mrd. Euro liegen in Österreich steuerschonend in 3.460 Privatstiftungen,
- 83.200 EuromillionärInnen besitzen 262 Mrd Euro,
- 1% der ÖsterreicherInnen besitzen 33,7% des nationalen Vermögens
- Einer Studie der Österreichischen Nationalbank zufolge besitzt die „ärmste Hälfte“ der ÖsterreicherInnen lediglich vier Prozent des gesamten Vermögens, 40 Prozent haben maximal 50.000 Euro.

• Laut Berechnungen der Universität Linz verfügen die kapitalkräftigsten zehn Prozent über mehr als zwei Drittel des Reichtums. Diese haben mit einem Anteil von 69 % am Gesamtvermögen demnach mehr als doppelt so viel Vermögen als die untersten 90 Prozent (ein Drittel).

Begünstigt wird diese Entwicklung durch unser Steuersystem, beispielsweise

- wurde die Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer abgeschafft
- zahlen 18% der Lohnsteuerpflichtigen, aber 39% der Unternehmen keine Lohnsteuer bzw. Körperschaftssteuer (Einkommens- und Körperschaftssteuerstatistik 2008)
- wird für 2018 insgesamt mit 31,9 Mrd Lohnsteuer- und 28,6 Mrd. Umsatzsteueraufkommen gerechnet (zum Vergleich die Unternehmersteuern Körperschaftssteuer 7,2 Mrd. und Einkommensteuer 4 Mrd Euro)

### Was soll sich ändern?

Grundsätzlich unterstützen die KommunistInnen die Steuervorschläge von Ak und ÖGB, jedoch ist es unter anderem notwendig,

• den Spitzensteuersatz (seit den 80-er Jahren von 62 auf 50% gesenkt) wieder deutlich zu erhöhen

• höhere Zinserträge nach der –progressiven- Einkommenssteuer anstatt der Kapitalertragssteuer zu besteuern

• die Vermögens- und Erbschaftssteuer für Millionenvermögen wieder einzuführen

• generell die Millionenvermögen (etwa Privatstiftungen) wirksam zu besteuern

• Umstellung der Dienstgeberbeiträge auf Wertschöpfungsabgabe

### Landesbudget 2015

Aus dem Finanzskandal entstanden, soweit bekannt, Kosten um die 400 Mio. Euro. Salzburg erreicht im Jahr 2015 trotz allem einen ausgeglichenen Haushalt. So stehen einem Budget von 2,8 Mrd. Euro 2,2 Mrd Euro Schulden entgegen. Dies resultiert u.a. aus den Kürzungen der Wohnbauförderung. Der Kulturbereich erhält um 1,2 Mio Euro mehr als im Vorjahr, was eine Wertanpassung ermöglicht. Das Sozialbudget wird zwar um 4% erhöht, die Sozialquote bleibt aber gleich.

## „Salzburger Demokratiemodell“

Die KPÖ fasst die Verweigerung der direkten Demokratie im Rahmen des „Salzburger Modells“ bei der Garagengesellschaft und ihrem Monsterprojekt Mönchsberggarage als Verhöhnung auf.

Der Eigentümerversorger der Stadt (in diesem Fall der Bürgermeister) hat sich sehr wohl in der Gesellschaft an die Ergebnisse eines möglichen Volksentscheids über die Garage zu halten und dementsprechend abzustimmen.

Alles andere sind nur Ausflüchte jener, die BürgerInnenmitbestimmung nur auf den Lippen führen.

## Nein zum Bettelverbot !

Der erneute Vorstoß der ÖVP für ein sektorales Bettelverbot in der Altstadt wird von der KPÖ entschieden abgelehnt: dies würde nur zu einer Verlagerung des Bettlerwesens in die –touristenfreien– Außenviertel führen.

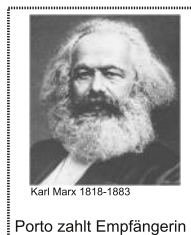
Die durch die lupenreine kapitalistische Durchdringung Osteuropas geschaffene bittere Armut lässt sich nicht durch Verbote beseitigen. Ohne einen zumindest teilweisen Wiederaufbau des dortigen Sozialsystems werden diese Menschen weiterhin zu uns kommen, um das nackte Überleben zu sichern.

## KPÖ fordert Leerstandsabgabe für Wohnungen

Allein in der Stadt stehen nach Angaben der Arbeiterkammer bis zu 6.000 Wohnungen leer. Zur Mobilisierung von Wohnraum fordert die KPÖ daher eine Leerstandsabgabe von 1 Euro pro Monat und Quadratmeter. Diese Geld soll zweckgebunden für sozialen Wohnbau verwendet werden.

### Ich möchte:

- mit Euch in Kontakt treten
- Informationen über die KPÖ
- Mitglied der KPÖ Salzburg werden
- die Salzburger Kommunalpolitik mitgestalten



Name

an die

Adresse

**KPÖ Salzburg  
Elisabethstr. 11  
5020 Salzburg**

PLZ/Ort

Telefon

Tel/(Fax): 0662(872244(4))

E-Mail

E-Mail: [salzburg@kpoe.at](mailto:salzburg@kpoe.at)

Web: [www.kpoe-salzburg.at](http://www.kpoe-salzburg.at)

### Webtipps:

[www.redglobe.de](http://www.redglobe.de)  
[www.kpoe.at](http://www.kpoe.at)  
[www.kpoe-salzburg.at](http://www.kpoe-salzburg.at)  
[www.facebook.com/kpoe.salzburg](http://www.facebook.com/kpoe.salzburg)  
[www.glb.at](http://www.glb.at)  
[www.dkp-online.de/uz](http://www.dkp-online.de/uz)  
[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)

### Impressum:

Kommunistische Partei  
 Österreichs, Bezirksleitung  
 Salzburg Stadt; Elisabethstr. 11,  
 5020 Salzburg, E-Mail:  
[sekretariat@kpoe-salzburg.at](mailto:sekretariat@kpoe-salzburg.at)